

Heute

Tages-Anzeiger, 2.7.

**Sprachunterricht als Makel 2015
bei der Schulharmonisierung**

Vom Flickenteppich zum einheitlichen Gewebe: Die Schulsysteme der Kantone sind sich heute so ähnlich wie noch nie. Doch einen Makel gibt es: den Sprachunterricht. Dies zeigt eine Bilanz der bisherigen Harmonisierung, welche die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren am Mittwoch vorgelegt hat. - Seite 4



Sollen schon Primarschüler zwingend eine zweite Landessprache lernen? Diese Frage spaltet die Schweiz entlang des Röstigrabens. Foto: Alamy

Die Romandie kämpft für das Frühfranzösisch

Die Erziehungsdirektoren wollen nicht, dass der Bund eingreift. Westschweizer Vertreter sehen das anders.

Tages-Anzeiger, 2.7.2015

Anja Burri
Bern

Nie war es für Familien mit schulpflichtigen Kindern einfacher, den Kanton zu wechseln, als heute. Seit der Annahme des Bildungsartikels vor neun Jahren haben es die Kantone nämlich geschafft, ihre Schulsysteme einander weitgehend anzugleichen. Zu diesem Schluss kommt die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in ihrer gestern veröffentlichten Harmonisierungsbilanz.

Trotzdem droht weiterhin das, was die Kantone vermeiden wollen: ein Eingreifen des Bundes in die Schulhoheit der Kantone. Grund ist der Fremdsprachenunterricht. Heute lernen die Kinder in 23 Kantonen zwei Fremdsprachen in der Primarschule: die erste spätestens ab der dritten, die zweite ab der fünften Klasse. Mindestens eine davon muss eine zweite Landessprache sein. Die Kantone Aargau, Uri und Appenzell Innerrhoden weichen von diesem Sprachenkompromiss der EDK ab - wobei der Aargau sein System ab 2020 anpassen will. Bald kommt mit Thurgau aber ein Abweichler dazu: Die Behörden arbeiten daran, im Auftrag des kantonalen

Parlaments den obligatorischen Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verschieben. Laufe alles nach Plan, werde der neue Fremdsprachenunterricht im August 2017 zusammen mit dem Lehrplan 21 eingeführt, heisst es beim Departement für Erziehung und Kultur Thurgau auf Anfrage. Im Kanton Luzern wird das Stimmvolk über eine Volksinitiative abstimmen, die ebenfalls nur noch eine Fremdsprache auf Primarstufe verlangt. In Zürich wird eine ähnliche Initiative lanciert.

Machtwort des Bundesrats

In der Westschweiz verfolge man diese Entwicklung mit grosser Sorge, sagte Elisabeth Baume-Schneider, jurassische Regierungsrätin und Vizepräsidentin der EDK, gestern vor den Medien in Bern. «Alle Schüler sollten die Möglichkeit haben, die Landsleute in anderen Teilen der Schweiz zu verstehen.» Solange sich bloss zwei Kantone nicht an den Sprachenkompromiss der EDK hielten, bestehe Hoffnung, dass sich diese irgendwann anpassen. «Werden es aber mehr, wird die Westschweiz eine Bundeslösung unterstützen», sagte sie. Die Jurassierin kann auch auf ihren Parteikollegen, Kulturminister Alain Berset,

zählen. Er werde es nicht akzeptieren, sollte ein Deutschschweizer Kanton beschliessen, die Primarschüler nur Englisch und keine zweite Landessprache mehr zu lehren, sagte der Bundesrat mehrfach im nationalen Parlament.

Die Vorlage für einen Eingriff des Bundes liegt bereits vor: Das Bundesamt für Kultur hat in einem Bericht einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet. Das Sprachengesetz könnte mit einem Satz ergänzt werden: «In der zweiten Landessprache beginnt der Unterricht auf der Primarschulstufe.» Der Bundesrat habe die rote Linie klar definiert, sagt David Vitali, Leiter der Sektion Kultur und Gesellschaft beim BAK. Zuerst müsse man den Kantonen aber Zeit geben, auf den Harmonisierungs-Appell der EDK zu reagieren. Es sei anzuerkennen, dass die Kantone bereits grosse Anstrengungen zugunsten des Unterrichts einer zweiten Landessprache unternommen hätten.

Als Nächstes ist die ständerätliche Bildungskommission (WBK) am Zug. Sie entscheidet im August über zwei weitere Vorschläge, wie die Kantone via Sprachengesetz diszipliniert werden könnten. Die beiden parlamentarischen Initiativen, die die nationalrätliche WBK ausgearbeitet hat, dürften allerdings

chancenlos sein, wie eine Umfrage des TA ergab. Der Ständerat tut sich grundsätzlich schwer mit Gesetzesänderungen, die den Spielraum der Kantone einengen. Anders sieht es WBK-Präsidentin und SP-Ständerätin Géraldine Savary: «Ich würde gerne ein Signal an die Kantone senden.» Auch SP-Nationalrat Matthias Aebischer, der die nationalrätliche WBK präsidiert, sagt: «Gerade mit Blick auf mögliche weitere Volksabstimmungen in den Kantonen wäre es gut, ein Druckmittel zu haben.» Für Savary und Aebischer ist klar: Sollte ein Kanton die rote Linie von Bundesrat Berset überschreiten, werde der Gesetzesvorschlag des BAK aktuell.

Das ist ein Szenario, das EDK-Präsident Christoph Eymann Sorgen bereitet. Die EDK rufe die Kantone dazu auf, sich in der Fremdsprachenfrage zu einigen. Das brauche Zeit. Im Moment bestehe kein Anlass für eine Bundesintervention. Ein Eingreifen des Bundes und damit eine Änderung des Sprachengesetzes könnte nämlich ein Referendum provozieren. «Den Kraftakt einer solchen Volksabstimmung müssen wir im Interesse des Zusammenhalts der viersprachigen Schweiz vermeiden», sagt der baselstädtische Bildungsdirektor.